

GNZ-Leser reden mit

Maritha Rämisch aus Flörsbachtal antwortet auf den GNZ-Artikel „Schneider: Windkraft nicht verteufeln“. Darin hatte der Flörsbachtaler SPD-Chef Tim Schneider sich kritisch mit einem vorigen Leserbrief von Rämisch auseinandergesetzt. Wir weisen darauf hin, dass Leserbriefe nicht die Meinung der GNZ-Redaktion widerspiegeln. Kürzungen behalten wir uns vor.

Ich wurde vor Kurzem gefragt, ob ich es akzeptieren könnte, wenn die geplanten Windräder nicht in Lohrhaupten, sondern in Flörsbach oder Mosborn stünden. Diese Frage kann ich mit einem klaren nein beantworten. Denn, um den letzten Satz von Tim Schneider zu kommentieren, geht es hier schon lange nicht mehr um eine Energiewende zur Rettung des Weltklimas. Die politische Entscheidung für den Bau von Windkraftanlagen erfolgt, nicht nur bei den Gemeindevertretern, aus rein finanziellen Gründen, um die Gemeinde-, Kreis und Länderfinanzen aufzubessern.

■ Schneider verharmlost

Denn der Staat hat durch die Mehrwertsteuer, die die Verbraucher auf die EEG-Umlage zahlen, auf zuletzt fast 20 Millionen Euro, eine versteckte Steuererhöhung, erhoben. Auch spekulieren Bund und Land darauf, dass sich Gemeinden durch die Pacht- und Gewerbesteuererhöhungen ihre Haushaltskassen aufbessern. Damit müssen beide Regierungsebenen weniger Haushaltsmittel aufbringen, um Gemeinden die Haushaltsfinanzierung zu ermöglichen, zu welcher sie vom Grundgesetz her verpflichtet sind.

Wenn Tim Schneider von einigen Windkraftanlagen spricht, ist das ein netter Versuch der Verharmlosung. Um die Planungen der Landesregierung zu erfüllen, müsste alle sieben Kilometer ein Windpark erstellt werden. Alleine die Genehmigung der zwölf Windkraftanlagen in Flörsbachtal würde nach sich ziehen, dass in der Region ein gigantischer Industriepark entsteht, da alle angrenzenden Kommunen dann ebenfalls Windkraftanlagen errichten würden.

Dass durch Rodungen von durchschnittlich 5000 Quadratmetern Wald für eine Windkraftanlage gewaltige Umweltleistungen verloren gehen, ist wahrscheinlich den Wenigsten bewusst. Wenn die Bäume für die geplanten Windräder stehenblieben, würden etwa 1,3 Millionen Kilogramm CO₂ gebunden, knapp vier Millionen Liter Sauerstoff erzeugt und etwa sechs Millionen Kilogramm Feinstaub und Ruß durch die Bäume gebunden sowie 12,5 Millionen Liter Niederschlagswasser gereinigt, gespeichert und für die Bevölkerung langfristig zur Verfügung gestellt.

In einem krassen Widerspruch zu den Ausbauplänen der Windkraft stehen auch die immensen Förderungen der EU von 647 Millionen Euro für die Erhaltung und Verbesserung der land- und forstwirtschaftlichen Ökosysteme Hessens, wie gerade erst diese Woche publiziert wurde. Und um genau diese Diskrepanz ging es mir hauptsächlich in meinem offenen Brief an Susanne Simmler, die sich bis dato nicht selbst dazu geäußert hat und welche Tim Schneider in seinem Kommentar wohlweislich ausklammert.

**Maritha Rämisch
Flörsbachtal**

GNZ 27.2.15